

## Protokoll Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

**Sitzungstermin:** Mittwoch, 24.11.2021  
**Beginn der Sitzung:** 17:00 Uhr  
**Ende der Sitzung:** 18:30 Uhr  
**Sitzungsort:** Nordseehalle, Fruchteburger Weg 17-19

### Anwesend:

#### **Vorsitzende**

Rosema, Swantje

#### **SPD-Fraktion**

Götze, Horst  
Kruse, Detlef  
Kruse, Doris

für Gertrud Rehling

#### **CDU-Fraktion**

Ohling, Albert  
Risius, Andrea

#### **Gruppe GRÜNE feat. Urmel**

Ouedraogo, Abdou

#### **FDP-Fraktion**

von Gliszczynski, Alexander

#### **GfE-Fraktion**

Martens, Michael

#### **Gruppe DIE FRAKTION**

Luitjens, Stefan

#### **Beratende Mitglieder**

Fietz, Henning

Vertreter des Sozialpsychiatrischen Verbundes

Kamer, Stefan

Vertreter des DPWV

Kröger-Vodde, Erasmus

Vertreter der ev.-luth. Kirchenkreises Emden-Leer

Malanowski, Jörn

Vertreter des Beirates für Menschen mit Teilhabebeeinträchtigungen

Sann, Necmiye

für Dr. Ziad Attar

Winkler, Melanie

Vertreterin des AWO Kreisverbandes Emden e. V.

#### **Verwaltungsvorstand**

Grendel, Volker

Stadtrat

#### **von der Verwaltung**

Snakker, Kerstin

Lisson, Carsten

## Protokoll Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Dr. Obes, Dirk  
Meyer, Karl-Ingo  
Schüning, Helga  
Bolinus, Sophia  
Olk, Imke

### **Gäste**

Leiß, Bernd

Jobcenter Emden

### **Protokollführung**

Bleeker, Sonja

## Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Zu Beginn der Sitzung begrüßt **Herr Grendel** die Anwesenden, insbesondere Frau Rosema als neue Vorsitzende des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration (GSI-Ausschuss). Er informiert, dass Frau Rosema zum ersten Mal eine Ausschuss-Sitzung leite und deswegen in der heutigen Sitzung von ihrer Stellvertreterin, Frau Kruse, unterstützend begleitet werde. Die offizielle Sitzungsleitung bleibe bei Frau Rosema.

**Frau Kruse** begrüßt ebenfalls die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

**Beschluss:** Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

**Ergebnis:** einstimmig

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

TOP 3 Verpflichtung beratender Mitglieder gemäß § 54 (3) NKomVG

**Frau Kruse** nimmt die Verpflichtung der sonstigen stimmberechtigten Mitglieder Necmiye Sann, Stefan Kamer, Erasmus Kröger-Vodde, Jörn Malanowski und Melanie Winkler gemäß § 54 (3) NKomVG vor.

# Protokoll Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

## BESCHLUSSVORLAGEN

TOP 4 Widersprüche in Sozialhilfeangelegenheiten;  
Bildung eines fünfköpfigen Beratungsgremiums gemäß § 116 (SGB XII) auf Vorschlag des Ausschusses für Gesundheit und Soziales aus dessen Mitte  
Vorlage: 18/0087

**Frau Snakker** erläutert die o. g. Vorlage. Sie weist darauf hin, dass die Mitglieder des Beratungsgremiums grundsätzlich Mitglieder des GSI-Ausschusses sein müssten. Bei der jetzigen Besetzung dieses Ausschusses seien die Gruppe GRÜNE feat. Urmel sowie die FDP-Fraktion nur mit einem Ratsmitglied vertreten. Vor diesem Hintergrund erfolge die Benennung der Vertreter pro Mitglied und werde von den Fraktionen, welche nur einen Sitz im GSI-Ausschuss hätten, fraktionsübergreifend durchgeführt. Die Gruppe GRÜNE feat. Urmel habe Frau Andrea Marsal benannt, welche jedoch kein Ausschussmitglied sei. Deshalb schlägt sie vor, Frau Marsal als Stellvertreterin zu benennen.

**Herr Ouedraogo** stimmt dem Vorschlag zu und benennt für die Gruppe GRÜNE feat. Urmel Frau Andrea Marsal als Stellvertreterin.

Auf Nachfrage von **Frau Snakker** benennt **Herr Ouedraogo** sich selber als Mitglied des Beratungsgremiums.

**Frau Risius** benennt Herrn Albert Ohling als Mitglied für das Beratungsgremium und sich selber als Vertreterin.

**Herr Gliszczyński** schlägt als Stellvertreter Herrn André Göring von der Gruppe GRÜNE feat. Urmel vor.

### Beschluss:

Der Ausschuss für Gesundheit, Soziales und Integration (GSI-Ausschuss) benennt aus seiner Mitte fünf Personen als Mitglieder des Beratungsgremiums (beratende Beteiligung sozial erfahrener Personen vor Erlass eines Widerspruchsbescheides in Sozialhilfeangelegenheiten) sowie deren Vertreter:

	<b>Mitglied</b>	<b>Vertreter</b>
SPD-Fraktion	Gertrud Rehling	Doris Kruse
SPD-Fraktion	Horst Götze	Swantje Rosema
CDU-Fraktion	Albert Ohling	Andrea Risius
Gruppe Grüne feat. Urmel	Abdou Ouedraogo	Andrea Marsal
FDP-Fraktion	Alexander von Gliszczyński	André Göring

**Ergebnis:** einstimmig

## Protokoll Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

TOP 5            Leistungsvereinbarung über den Betrieb der Fachstelle für Sucht und Suchtprävention - DROBS - in Emden  
Vorlage: 17/2045

**Herr Grendel** erläutert, die zuletzt vereinbarte Leistungsvereinbarung sei nicht wie gewohnt um drei Jahre verlängert worden, sondern zunächst für ein weiteres Jahr. Die einjährige Verlängerung sei aus verschiedenen Gründen, u. a. wegen einer Tarifumstellung, gewählt worden. Anhand der Anlage zur Vorlage erläutert er den Finanzierungsplan. Geplant sei, die Zusammenarbeit zwischen den Kommunen weiter zu forcieren. Der Erfahrung nach würden sich die zu beratenden Personen an die Stelle, die dem Wohnort am nächsten sei, richten. Demzufolge würden in Emden durchaus auch Personen aus den Landkreis Aurich beraten. Zur Sicherstellung der Vertretung müsse eine gewisse Grundkonstellation vorgehalten werden. An einer künftigen regionalen Vereinbarung werde gearbeitet.

**Herr Fietz** ergänzt, die Verhandlungen mit den umliegenden Landkreisen sei ein großer Schritt gewesen. Als Beispiel nennt er die Durchführung einer ambulanten Reha an drei Standorten mit psychologischer Betreuung. Die Personalkosten für einen Psychologen seien höher als die eines Sozialarbeiters. Vor diesem Hintergrund seien die Overheadkosten für eine Psychologenstelle überregional betrachtet und fair verteilt worden. Klienten aller drei Kommunen würden an diesem Angebot partizipieren. Es sei eine transparente Lösung für alle Kommunen gefunden worden. Er denke auch, dass mit einer künftigen regionalen Vereinbarung ein gemeinsamer Weg gefunden werde. Dies sei zukunftsorientiert und eine moderne Denkweise in der Gesundheitsversorgung.

**Frau Kruse** bedankt sich für die Ausführungen.

**Beschluss:** Die der Vorlage 17/2045 beigefügte Leistungsvereinbarung (Laufzeit 01.01.2022 – 31.12.2024) zwischen der Stadt Emden und der Gesellschaft zur Hilfe für suchtgefährdete und –abhängige Menschen e. V. über die Fachstelle für Sucht und Suchtprävention - DROBS - wird zugestimmt.

**Ergebnis:** einstimmig

### MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 6            Vorstellung der Geschäftsführung des JC Emden  
Vorlage: 17/2096

**Herr Leiß** stellt sich als Geschäftsführer des Jobcenters Emden vor. Neben seiner persönlichen Vorstellung gibt er anhand einer Power-Point-Präsentation einen Überblick zur Struktur der Arbeitslosigkeit in der Stadt Emden. Diese Präsentation ist unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

Im Anschluss an den Vortrag bedankt sich **Herr Grendel** bei Herrn Leiß. Er stellt den stellvertretenden Geschäftsführer, Herrn Karl-Ingo Meyer, vor. Herr Meyer vertrete die kommunale Seite im Jobcenter.

**Frau Kruse** bedankt sich für die Vorstellung.

**Ergebnis:** Kenntnis genommen.

## Protokoll Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

TOP 7 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

### Haushalt

**Herr Grendel** teilt mit, aufgrund noch fehlender grundlegender Daten sei der Haushalt noch nicht abschließend bearbeitet worden. Die Vorstellung verlagere sich deshalb ins nächste Jahr.

### Neue Fachbereichsleitung im Fachbereich 500

**Herr Grendel** stellt Frau Kerstin Snakker als neue Leiterin des Fachbereiches Gesundheit und Soziales vor.

### Projekt „Gesundes Aufwachsen in Emden“

Mit Blick auf die aktuelle gesundheitliche Situation der Emdener Kinder und Jugendlichen in der Corona-Pandemie informiert **Herr Grendel**, dass im Rahmen des GKV-Bündnisses für Gesundheit ein Projekt stattgefunden habe. Er bittet um die Vorstellung der Präsentation.

**Frau Schüning** stellt sich als Koordinatorin für Gesundheitsförderung und Prävention im Fachbereich Gesundheit und Soziales vor. Es handele sich um eine von den gesetzlichen Krankenkassen projektgeförderte Stelle. Gemeinsam mit den Kolleginnen **Sophia Bolinius** und **Imke Oik** stellt sie anhand einer Power-Point-Präsentation das Projekt „Gesundes Aufwachsen in Emden“, vor. Zur Thematik hätten am 21. und 22.09.2021 zwei Expert\*innen-Workshops stattgefunden. Den Abschluss habe am 03.11.2021 ein Forum gebildet. Die Ergebnisse des Forums würden im nächsten Jahr besprochen. Die Präsentation ist unter [www.emden.de](http://www.emden.de) einsehbar.

**Frau Kruse** bedankt sich für die Vorstellung.

Auch **Herr Grendel** bedankt sich für die Vorstellung. Er hebt hervor, wie unterschiedlich die vier Gruppen des Forums, isoliert voneinander, bestimmte Themen eingeschätzt hätten. Die Vorstellung stelle einen Zwischenbericht des gesamten Prozesses dar. Die Ergebnisse würden aufgearbeitet und ausgewertet.

### Corona-Lage

**Herr Dr. Obes** informiert zur Corona-Lage, der Ausblick in die nächste Zeit lässt ein dynamisches, wenn nicht sogar ein eskalierendes, Infektionsgeschehen erwarten. Im Bundesvergleich sei Niedersachsen, insbesondere Emden, bisher gut davongekommen. In den letzten 24 Stunden seien über 32 Meldungen eingegangen. Das Team der Kontaktpersonen-Nachverfolgung sei entsprechend gefordert. Er macht darauf aufmerksam, dass die täglich vom Robert-Koch-Institut (RKI) veröffentlichten Zahlen nicht immer mit den Emdener Zahlen übereinstimmen würden. Er erklärt, Priorität lege das Gesundheitsamt auf die Abarbeitung der akuten Situation, um eine weitere Übertragung zu vermeiden. Die Meldung an das Landesgesundheitsamt und von dort aus an das RKI, sei in dem Moment erst einmal zweitrangig. Noch seien in Emden keine großen Ausbrüche in Firmen zu verzeichnen. Die Situation in den Alten- und Pflegeeinrichtungen sei derzeit noch stabil. Im Kita- und Schulbereich hätten die Infektionszahlen zugenommen.

Nach Inkrafttreten der neuen Regelung sei die Nachfrage nach Testungen in den Teststationen massiv gestiegen. Dort könne es vorübergehend zu Engpässen kommen. Den Nachrichten sei zu entnehmen, dass auch die Verfügbarkeit von Antigen-Schnelltests für die Eigenanwendung am Markt schwieriger sowie deutlich teurer werde.

## Protokoll Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

Ein Großteil der Neuinfektionen werde im Bereich der durch das Gesundheitsamt identifizierten Kontaktpersonen festgestellt. Ein sehr hohes Übertragungsrisiko bestehe im privaten Umfeld. Viele Fälle würden aufgrund der dem Gesundheitsamt gemeldeten positiven Selbsttests bzw. Antigentestergebnisse aus den Teststationen identifiziert.

**Frau Kruse** bedankt sich für die Ausführungen und bittet um Wortmeldungen.

**Herr Kruse** spricht die 3G-Regel am Arbeitsplatz und die dadurch erhöhte Nachfrage bei den Teststationen an. Er fragt, ob sich Arbeitnehmer\*innen auch sonntags testen lassen könnten, wenn ihr Arbeitsbeginn montags sei.

**Herr Dr. Obes** geht davon aus, dass Teststationen wieder vermehrt öffnen werden. Dann würden Testungen auch am Wochenende möglich sein. Die Antigen-Tests hätten eine Gültigkeit von 24 Stunden.

**Herr Kruse** möchte wissen, ob dies bereits für den kommenden Sonntag gelten werde und welche Teststationen dies dann anbieten würden.

**Herr Dr. Obes** gibt an, die aktuellen Teststationen mit ihren jeweiligen Öffnungszeiten seien auf der Internetseite der Stadt Emden veröffentlicht.

**Herr Grendel** unterstreicht, die Verordnung sei gestern sehr kurzfristig mitgeteilt worden und habe seit heute Gültigkeit. Der Markt der Testanbieter müsse jetzt darauf reagieren. Dies werde eine gewisse Zeit in Anspruch nehmen. Aufgrund der Abschaffung der kostenlosen Bürgertests hätten viele Testanbieter keine Refinanzierung mehr gehabt. In Folge dessen sei Personal abgebaut oder sogar entlassen worden. In der jetzigen Situation sei eine Refinanzierung gegeben und Teststationen könnten wiederaufgebaut werden. Die Stadt Emden selber könne dieses Angebot nicht vorhalten, sondern könne es nur begleiten und unterstützen. Das Testzentrum des Deutschen Roten Kreuzes sei als Anbieter, auch unter der Konstellation der nicht mehr kostenlosen Bürgertests, durchgängig vor Ort gewesen. Das DRK-Testzentrum werde ebenfalls versuchen, wieder mehr Testmöglichkeiten anzubieten. Ob dies bereits am Wochenende umfassend gelinge, könne er nicht abschließend sagen. Es sei von einer bestimmten Quote nicht geimpfter Personen in Emden auszugehen. Wie viele Personen davon berufstätig und auf diesen Test angewiesen seien, könne nicht kalkuliert werden.

Seitens des Gesundheitsamtes sei sicherzustellen, dass die Tests ordnungsgemäß ausgeführt werden, betont er. Das System müsse sich jetzt wieder an die gesetzliche Regelung anpassen. Er denke, Arbeitgeber\*innen seien gut beraten, Zwischenlösungen für Arbeitnehmer\*innen zu finden.

Weiter erläutert er das aktuelle Warnstufenkonzept der neuen niedersächsischen Corona-Verordnung. Dieses Dokument ist unter [www.niedersachsen.de/Coronavirus/vorschriften-der-landesregierung](http://www.niedersachsen.de/Coronavirus/vorschriften-der-landesregierung) einsehbar.

Zum Thema Weihnachtsmarkt führt er aus, den Veranstaltern seien die Erwartungen der Stadt im Vorfeld geschildert worden. Es sei absehbar gewesen, dass diese Situation eintreten werde. Die Option, den Weihnachtsmarkt mit einer 2G-Regelung und einem eingezäunten Bereich zu starten, sei besprochen worden. Bei der 2G-Regel seien die Modalitäten bereits verschärft worden, d. h. aktuell sei es Pflicht, im Innen- und Außenbereich eine medizinische Maske zu tragen.

Zudem informiert er, durch das Inkrafttreten der neuen Verordnung sei das Bürgertelefon am heutigen Tag hoffnungslos überlastet gewesen. Die Bürgerschaft erwarte zum Teil, dass die Stadt über Nacht auf alle Fragen eine Antwort habe. Die Zeiten des Bürgertelefons auszuweiten, mache

## Protokoll Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

keinen Sinn, weil dies personell und strukturell nicht zu besetzen sei. Um eine bessere Erreichbarkeit sicherstellzustellen, werde jedoch überlegt, die bereits angebotenen Zeiten personell zu verstärken.

Weiter weist er auf die Leitindikatoren des Landes Niedersachsen hin, die im Internet einzusehen seien. Sollte die Warnstufe 2 eintreten, prognostiziert er einen erhöhten Zulauf bei den Teststationen. Dies sei dann eine weitere große Herausforderung, die die Stadt Emden nur bedingt beeinflussen könne. Die Entwicklung des Inzidenzwertes in Emden sei abzuwarten, ggf. werde es eine Reihe von Ankündigungen geben, u. U. Absagen und Verbote.

**Herr Martens** begrüßt, dass die Stadt Impfungen über das Impfmobil anbiete. Das Impfmobil werde von der Bürgerschaft stark frequentiert. Mit Blick auf die Witterung in der jetzigen Jahreszeit fragt er nach den Planungen hinsichtlich einer stationären Aufstellung. Zum Thema Tests möchte er wissen, ob die Stadt in absehbarer Zeit noch Möglichkeiten habe, weitere Tests zu beschaffen.

**Herr Grendel** antwortet, mit Hochdruck werde daran gearbeitet, ein ambulantes Test- und Impfzentrum einzurichten. Aktuell werde geprüft, ob die Planung den Realitäten tatsächlich noch standhalte. Es sei geplant, in dem Test- und Impfzentrum mit Terminvergabe zu arbeiten, um eine Ballung zu vermeiden. Er prognostiziert einen weiteren enormen Zulauf auf das Impfmobil.

Er macht darauf aufmerksam, dass im Hintergrund Impfungen von anderen vulnerablen Gruppen ablaufen würden. Hinzu komme eine Gemengelage aus Booster-Impfungen sowie Erst- und Zweitimpfungen. Er unterstreicht, dass der Abstand zwischen der Zweitimpfung und der Booster-Impfung mindestens 5 Monate betragen solle. Empfohlen würde ein Abstand von 6 Monaten. Er betont, dass das Impfmobil die Leistung eines Impfzentrums nicht erbringen könne.

Seitens des Landes gebe es aktuell die Genehmigung für ein Impfteam. Allerdings würde es eine Finanzausstattung geben, die der Einwohnerzahl entspreche. Daraus könnte Personal für ein ambulantes Impfzentrum nachgeführt werden. Nebenher könnten die mobilen Impfungen erfolgen. Geplant sei, Erstimpfungen und Booster-Impfungen möglichst voneinander zu trennen, um diese Personengruppen nicht zu vermischen. Außerdem werde bei Erstimpfungen oftmals der Impfstoff von Johnson & Johnson verwendet. Dieser Impfstoff komme bei Zweit- und Booster-Impfungen nicht zum Einsatz. Er hoffe auf einen Start des ambulanten Impf- und Testzentrums Anfang Dezember.

**Herr Dr. Obes** ergänzt, die öffentlichen Ausführungen des Bundesgesundheitsministers hätten der Öffentlichkeit den Eindruck vermittelt, alle Menschen hätten Anspruch auf eine vorzeitige Booster-Impfung bereits nach fünf Monaten. Nach der aktuellen Impfverordnung bestehe jedoch kein Anspruch. Die offizielle Zulassung sehe für die Booster-Impfungen einen Mindestabstand von sechs Monaten vor. Das Zugeständnis, welches in Emden durch das mobile Impfteam gemacht werde, sei eigenes Risiko der impfenden Ärztinnen und Ärzte und nicht gedeckt von arzneimittelrechtlichen Zulassungen. Dennoch komme es immer wieder zu unschönen Reaktionen der Bevölkerung aufgrund des zu geringen Impfabstandes zwischen Grundimmunisierung und Auffrischimpfung.

**Frau Kruse** bestätigt die Ausführungen der Herren Grendel und Dr. Obes.

**Herr Ouedraogo** fragt, ob die Stadt Emden sich zu früh auf die 2G-Regel beschränkt habe und warum die 3G-Regel nicht durchgehend angewendet worden sei. Die Kampagne, damit sich Menschen impfen und testen, sei zeitgleich gestartet. Seiner Meinung nach sei das Testen effektiv. Er erkundigt sich nach der Ansicht der Experten.

## Protokoll Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration

**Herr Grendel** stellt klar, es handele sich um bundes- und landesgesetzliche Regelungen. Im Nachhinein seien die Erkenntnisse immer anders. Er denke, dass die Menschen nach dem Sommer mit sehr niedrigen Inzidenzzahlen und einer angemessenen Impfquote, Nachholbedarfe gehabt hätten. Mit Blick auf die Wahlen wollte kein Politiker Verbote und Beschränkungen auferlegen. Danach habe es noch Zeit für die Konstituierung der neuen Bundesregierung gebraucht, d. h. die Politik sei noch nicht in der Lage gewesen, sich auf neue Regelungen zu einigen. Dies habe zur jetzigen Situation geführt. Im Verhältnis zu den Infektionszahlen gebe es nach einer Impfung eine deutlich geringere Quote von schweren Verläufen und Todesfällen, gibt er zu bedenken. Die aktuelle Inzidenz sei nicht vergleichbar mit dem Inzidenzwert von vor einem Jahr, als es noch eine niedrige Impfquote gegeben habe. Seinerzeit habe eine viel höhere Letalität gedroht.

Es werde darauf hinauslaufen, dass die Pandemie die Menschen noch eine ganz Zeit begleiten werde. Es müsse versucht werden, das Niveau der Infektionen so zu halten, so dass das Gesundheitssystem dies verkraften und bearbeiten könne.

**Herr Ohling** erkundigt sich nach der Regelung für Gottesdienste.

**Herr Grendel** gibt an, er könne die Frage nicht unmittelbar beantworten, sichert aber eine Klarstellung zu. Die aktuellen Regelungen würden zudem kommentiert auf der Internetseite der Stadt Emden veröffentlicht. Er bemerkt, die Verwaltung laufe den Verordnungen nach. Beispielsweise sei die Maskenpflicht im Vorfeld nicht angekündigt und auch erst zum Schluss in die Verordnung mit aufgenommen worden. Die Verschärfungen seien unter dem Eindruck der explosiven Inzidenzzahlen erfolgt.

**Herr Martens** nimmt Bezug auf die Verfügbarkeit von Tests. Mit Blick auf die Verschärfungen, wie die 2G-Regel plus Test sowie die Testpflicht von nicht geimpften Arbeitnehmer\*innen, erkundigt er sich nach dem Vorgehen, falls künftig keine Tests mehr zur Verfügung stünden. Er fragt, ob dann eine Art Lockdown ausgesprochen werde.

**Herr Grendel** antwortet, es sei bereits zu einer Verknappung der Tests gekommen. Dies Ereignis sei nicht lokal, vielmehr greife die gesamte Welt auf die gleichen Ressourcen zu. Dennoch sei es nicht so, dass es keine Tests mehr gebe. Vielmehr treibe die Nachfrage den Preis hoch. Bei einer hohen Nachfrage sei in der Übergangszeit mit einer Verknappung zu rechnen. Die Versorgung mit PCR-Tests sei sichergestellt. Probleme vermutet er im Bereich von Schnelltests für die Eigenanwendung bzw. Antigen-Schnelltests, die bei den Teststationen verwendet würden. Er wiederholt, es sei kein Problem der Produktion, sondern eher der Lieferkette, die nicht schnell genug auf die derzeitigen Marktanforderungen reagieren könne.

**Herr Martens** erkundigt sich nach der Reaktion der Stadt auf die Bürgerschaft, falls diese Verknappung tatsächlich eintrete.

**Herr Grendel** antwortet, die Stadt könne darauf nicht reagieren. Eine Verknappung bedeute nicht, dass keine Testungen stattfinden würden. Es werde weiterhin getestet und bei Verdachtsfällen werde eine Überprüfung durch einen PCR-Test stattfinden. Er betont, es handele sich um Mutmaßungen. Die Quote der nicht geimpften Personen, die diese Tests in Anspruch nehmen müssten, sei nicht bekannt. Darum könne die Stadt dazu keine Aussage treffen. Parallel gebe es weitreichende Anweisungen an Arbeitgeber\*innen, wie beispielsweise die Homeoffice-Pflicht. Im produzierenden Gewerbe müssten andere Lösungen gefunden werden. Hier sei die Gesellschaft, u. a. auch die Betriebe, gefordert, Vorsorge zu treffen. Dies sei eine Entwicklung, die niemand einschätzen könne.



## **Protokoll Nr. 1 über die Sitzung des Ausschusses für Gesundheit, Soziales und Integration**

**Frau Kruse** bedankt sich für die ausführliche Erklärung. Ferner gratuliert sie Frau Snakker und hofft auf eine gute Zusammenarbeit.

TOP 8      Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.